



2006/34 Dossier

<https://shop.jungle.world/artikel/2006/34/theorie-und-praxis>

Theorie und Praxis

Von **alex demirovic**

Zum Verhältnis von Wolfgang Abendroth und Kritischer Theorie. Von Alex Demirovic

Direkt und indirekt ist Wolfgang Abendroths Name in der Geschichte der Sozialwissenschaften der Bundesrepublik »unverlierbar« (Jürgen Habermas), und seine Marburger Schule gilt als feste Größe in der Geschichte der bundesdeutschen Politikwissenschaft.

Im Zentrum der Arbeiten von Abendroth und der Abendroth-Schule stehen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, Marxismus und Sozialismus. Diese Ausrichtung wurde und wird an deutschen Hochschulen im Unterschied zu Ländern wie Großbritannien, USA, Kanada, Frankreich oder Japan heute wieder einmal nicht als ernsthafte Forschungsperspektive anerkannt. In einer eigenartigen und hämischen Verkehrung und Aneignung des Begriffs wird sie von den Ideologen als Ideologie verworfen, die sich nur zu gern hinter den Naturgesetzen der Gesellschaft verstecken. Heute behauptet sich erneut das neurotische Verhältnis zu Marx, von dem Adorno 1963 sprach – zum Schaden der Gesellschaft, die sich traumatisiert durch ihre Praxis, die eigene emanzipatorische Tradition zu leugnen und niederzuhalten. Die studentische Protestbewegung, die mit ihrer Forderung nach »Marx an die Uni« für kurze Zeit erfolgreich war, hat daran wenig geändert.

Vielmehr bildeten sich in Reaktion auf ihre Theorie und Praxis zahlreiche Ressentiments – auch bei vielen derjenigen, die von dieser Bewegung auf Hochschulpositionen gehoben wurden mit der Erwartung, das historische Tabu über Marx zu lösen. Für Abendroth wäre dieser Zustand enttäuschend, aber wohl nicht überraschend gewesen. Er selbst war mit dieser Erfahrung nach einer gewissen Aufbruchstimmung in den frühen zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts mehrfach konfrontiert: Einmal mit der Verfolgung kritischer Wissenschaftler durch die Nationalsozialisten, dann wieder in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre. In allen Meinungsapparaten mit Ausnahme der gewerkschaftlichen Bildungsorganisationen werde, so schreibt er 1962, der unerschütterliche westliche Glaube an die Ewigkeit, Gerechtigkeit und grundsätzliche Unveränderlichkeit der spätkapitalistischen Eigentums- und Machtstrukturen und ihrer Klassenverhältnisse gepflegt.

Der Aspekt, dem an Marx anschließenden Denken der Emanzipation und einer entsprechenden Praxis gegen den Zeitlauf und vorherrschende Tendenzen eine Kontinuität zu geben, war eine der großen Gemeinsamkeiten zwischen Abendroth und den älteren, aus dem Exil in den USA zurückgekehrten Vertretern der Kritischen Theorie. Abendroth war geprägt von der Erfahrung, dass der von der Arbeiterbewegung in seiner Gefährlichkeit unterschätzte Nationalsozialismus

Zehntausende von Kadern der Gewerkschaften sowie der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterparteien entmutigt, vertrieben oder ermordet hatte. Damit wurde nicht nur der Widerstand der Arbeiterbewegung entscheidend geschwächt, sondern für die Phase nach dem Zweiten Weltkrieg hatte dies strukturbildende Wirkung.

Denn aus Abendroths Sicht sind diese Kader notwendig, um Wissen und Analyse zu erarbeiten, Erfahrungen aus früheren Kämpfen zu bewahren und durch Vermittlung zur Bewusstseinsbildung jüngerer Generationen der Arbeiterbewegung beizutragen, sodass naturwüchsige Fehler innerhalb der sozialistischen Bewegung und der Gewerkschaften vermieden werden und sich eine langfristige sozialistische Zielsetzung entfalten kann. Indem das deutsche Bürgertum die Strategie der nationalsozialistischen Diktatur verfolgt hat, hat es wie in keiner anderen restaurativen Phase der deutschen Geschichte die Kontinuität der Rekrutierung, der Erarbeitung von Theorie und Wissen, der Bildung sozialistischen Bewusstseins innerhalb der sozialistischen und Arbeiterbewegung ge- und zerstört.

Aus Abendroths Sicht konnte sich nach dem Zweiten Weltkrieg sozialistisches Bewusstsein spontan wieder erneuern und zu einem breiten Strom sozialistischer Ideen führen. Das Bürgertum sei kurzzeitig demoralisiert und bereit gewesen, mehrheitlich eine sozialistische Entwicklung, also Vergesellschaftung der Produktionsmittel und öffentliche Kontrolle der Monopolunternehmen, zu akzeptieren. Dies ermöglichte, einige der Landesverfassungen und das Grundgesetz für eine solche Perspektive zu öffnen. Doch hat diese Konstellation nicht lange vorgehalten.

Spätestens mit dem Godesberger Programm der SPD sah Abendroth den Prozess der Wiederherstellung des alten ökonomisch-sozialen Machtgefüges und seiner sozialen Trägergruppen in Verwaltung, Justiz, Militär und Hochschulwesen abgeschlossen. Nun gab es in der Bundesrepublik keine politische Partei mehr, die noch für Sozialismus eintrat. Allein in den Gewerkschaften gäbe es noch Restformen kritisch-sozialistischen Denkens. Sozialistisches Denken sei wieder auf kleine Zirkel von Intellektuellen und Jugendlichen sowie auf Restgruppen der alten Arbeiterbewegung zurückgeworfen, die keinerlei größere gesellschaftliche Einflussmöglichkeiten besäßen und machtpolitisch wirkungslos seien.

Zwei Gefahren befürchtete Abendroth. Die eine betrifft die Entfaltungskraft der emanzipatorischen Perspektive direkt. Denn die Isolation jener Zirkel von der Arbeiterbewegung wie der Gesamtgesellschaft gilt ihm nicht nur als solche schon als Problem, sondern birgt in sich die Gefahr der Selbstverstärkung, indem das sozialistische Denken verkümmert und sektiererisch wird. Allerdings hatte Abendroth Anfang der sechziger Jahre die Hoffnung auf eine Renaissance sozialistischen Denkens nicht aufgegeben und sah dafür Grundlagen im SDS, der Zeitschrift neue kritik und der Förderergesellschaft des SDS. Diese Erwartung sah er wohl durch die seit Mitte der sechziger Jahre entstehende Protestbewegung bestätigt – auch wenn er gern manche der »ultralinken« Tendenzen durch ältere Erfahrungen korrigiert gesehen hätte.

Die zweite Gefahr war der Schaden für die deutsche Gesellschaft selbst. Denn dass es nicht zu geistiger Befreiung und Anschluss an die sozialistische Diskussion in Europa und der übrigen Welt gekommen war, hätte die provinzielle Isolierung Deutschlands verfestigt und den herrschenden Kräften ermöglicht zu behaupten, ihr restauratives soziales Ordnungsbild trüge dem Allgemeininteresse Rechnung. Der demokratische Streit darüber, was als Allgemeininteresse der Gesellschaft gelten kann, wird aber nicht mehr angemessen geführt

werden können, wenn die Interessen der lohnabhängig Arbeitenden nicht mehr Teil der Selbstwahrnehmung der kapitalistischen Gesellschaft sind.

Zur Kritik der Politik

Wie andere westliche Marxisten mussten auch Horkheimer und Adorno die Feststellung machen, dass die Wahrheit – und Wahrheit steht hier für die Tradition kritischer, emanzipatorischer Theorie – sich nicht von allein behauptet, sondern angewiesen ist auf Individuen, die für sie eintreten. Diese müssen gesellschaftliche Verhältnisse vorfinden, die ihnen materielle Existenz, die Rechte der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit, kulturelle Voraussetzungen und intellektuelle Kontexte für die Arbeit, also die Erzeugung und Reproduktion kritisch-emanzipatorischer Begriffe, Theorien, empirischen Wissens, gewähren.

Durch den Nationalsozialismus, aber noch allgemeiner durch die Entwicklung des Kapitalismus sah Horkheimer die Verhältnisse für kritische Intellektuelle sich drastisch verschlechtern. »Die paar Menschen, zu denen die Wahrheit sich geflüchtet hat, erscheinen als lächerliche Rechthaber, die eine bombastische Sprache führen und nichts hinter sich haben. Die unangenehmste Entdeckung, zu welcher der Materialismus führt, ist der Umstand, dass die Vernunft nur existiert, sofern sie ein natürliches Subjekt hinter sich hat.«

Ein zentrales Motiv für Horkheimers und Adornos Rückkehr nach Deutschland, für den Wiederaufbau des Instituts für Sozialforschung und ihre Lehrtätigkeit an der Frankfurter Universität war das Ziel, zur Erhaltung und zur Bildung jener natürlichen Subjekte der Vernunft beizutragen, also Individuen, die in der Lage sein würden, den emanzipatorischen Theorietraditionen Kontinuität zu geben und sie zu erneuern.

Adorno beschwor diese gemeinsame Zielsetzung noch einmal, als er 1953 widerwillig für ein Jahr in die USA musste. »Angesichts dessen jedoch, dass wir kaum mehr darauf hoffen können, selber die Subjekte jener Praxis zu sein, die das Unheil wenden könnte, kommt alles darauf an, dass wir in einer Kontinuität stehen, die uns die Hoffnung gibt, dass nicht alles, was in uns sich angesammelt hat, verloren geht. Das ist aber, und zwar in jeglichem Betracht, nur dort, wo wir im buchstäblichen und übertragenen Sinn reden können, möglich ... Und wo wir die paar jungen Menschen finden können, bei denen ein Weniges von dem, was wir meinen, aufgehoben ist, scheint mir auch außer Zweifel.«

Wie bei Wolfgang Abendroth geht es Horkheimer und Adorno um die Sicherung der Kontinuität der an Marx anschließenden Theorie. Doch Unterschiede zu Wolfgang Abendroth sind offensichtlich. Dieser hat die Organisationen und Zirkel vor Augen, die der Arbeiterbewegung verpflichtet sind, er denkt in Begriffen von Kräfteverhältnissen und einem neuen Anlauf, aus der konkreten politischen Konstellation der Bundesrepublik heraus eine sozialistische Transformation zu ermöglichen.

Horkheimer und Adorno nehmen in der »Dialektik der Aufklärung«, mit der sie Abendroth zufolge den Marxismus aus seiner ökonomistisch-dogmatischen Erstarrung befreit haben, geschichtsphilosophisch an, dass der Spätkapitalismus zu einer Polarisierung tendiert: Den radikalen Möglichkeiten der Freiheit aufgrund der entfalteten Produktivkräfte steht die zunehmende Instrumentalisierung dieser Potenziale für die Aufrechterhaltung von Herrschaft gegenüber. Die Alternative Sozialismus oder Barbarei stellt sich insbesondere aus Adornos Sicht nicht mehr, die historische Konstellation ist die nach der Barbarei, der historische Moment der

Befreiung verpasst.

Deswegen muss es darum gehen, Reflexion und Theorie zu stärken, um die geschichtliche Tendenz aufzuhalten und durch die Ungleichzeitigkeit freier Einsicht auf unerwartete Weise doch noch Emanzipation zu ermöglichen. Obwohl auch Adorno seine Theoriebildung ausdrücklich in die Tradition von Marx stellt, geht er im Unterschied zu Abendroth doch in deutliche Distanz zur Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Für ihn war es nicht so selbstverständlich wie für diesen, in den Gewerkschaften oder in sozialistischen Zirkeln Orte zu sehen, wo radikales emanzipatorisches Denken auf der Höhe der Zeit Rückhalt finden könnte.

Gerade wegen ihrer Distanz zur Praxis sah Adorno die Universitäten als autonomes Denken ermöglichenden Raum. Hier konnte mit Jüngeren an der kritischen Theorie der Gesellschaft weiter gearbeitet, hier konnten diejenigen gewonnen und ausgebildet werden, die später in verantwortlichen beruflichen Positionen für eine aufgeklärte, sich von allen gesellschaftlichen Naturgesetzen emanzipierende und vernünftig einzurichtende Gesellschaft eintreten würden. Der autoritäre Staat, so hatte der Nationalsozialismus gezeigt, kam von den Eliten, deswegen musste auf deren Orientierung eingewirkt werden. Die deutsche Arbeiterbewegung, eine der stärksten der Erde, hatte ihn jedenfalls nicht verhindert.

Für Abendroth war die Universität weniger wichtig. Dass er als Professor einem undogmatisch-emanzipatorischen Marxismus einen Platz an einer (west-)deutschen Universität schuf, sozialistische Theorie nicht oder kaum mehr im Kontext von Parteien und parteinahen Zirkeln überliefert, sondern akademisch in und durch Forschung und Lehre reproduziert wurde, dass Abendroth an der Universität erfolgreicher wirkte als in der Politik, war weder sein Ziel noch Gegenstand der Reflexion. Ganz sicher können die Erfahrungen von sozialen Kämpfen, sozialistisches Bewusstsein und emanzipatorische Theorie auch an der Universität überliefert werden – für Antiakademismus gibt es keinen Grund.

Doch die spezifischen Produktionsbedingungen des Wissens und die mit dem akademischen Beruf verbundene strukturelle Positionsänderung des marxistischen Intellektuellen nahm Abendroth nicht in den Blick: die institutionelle Trennung von den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, die Form der akademischen, also nicht unmittelbar an soziale Interessenlagen und politische Diskussionen anschließenden, pädagogisch notwendig alle, also auch die desinteressierten Studierenden einbeziehenden Wissensvermittlung, die Reputationsmechanismen der Hochschule oder die Anschluss- und Konsistenzzwänge disziplinenvermittelter Diskussionen, die außerakademische Theoriebeiträge vielfach ignorieren müssen. Die marxistische und sozialistische Theoriebildung kann sich an der Hochschule enorm entwickeln, Detailfragen ebenso wie historische und empirische Kenntnisse können vertieft, Dilettantismus kann überwunden werden.

Gleichzeitig verstärkt die Akademisierung den schwächer werdenden Rückhalt in den Organisationen der Arbeiterbewegung. Von dort werden die unzufriedenen und veränderungsbereiten, bildungs- und wissensinteressierten Individuen gleichsam in die Universitäten hineingezogen – ohne dass es zu einer Rückkehr in die vorherigen Kontexte kommen könnte. Diese Tendenz wurde durch die Öffnung der Hochschulen seit den späten fünfziger Jahren wahrscheinlich noch verstärkt, sodass sich die marxistische Diskussion zunehmend nur noch akademisch reproduzierte.

Wenn diese Möglichkeiten heute durch Entdemokratisierung und Inwertsetzung der Hochschulen sowie durch die informelle Zensur und Berufsverbotspraxis der disziplinären Entscheidungsträger (in Berufungskommissionen, Begutachtungsverfahren, bei der Auswahl von relevantem Wissensstoff) zerstört werden, hat das auch für die Linke und die Gewerkschaftsbewegung weitreichende Folgen, denn die Selbstverständlichkeit, mit der sie sich in den vergangenen Jahrzehnten auf die Hochschulen stützen konnten, ist verloren, ohne dass es sogleich Ersatz gäbe. Abendroth lebte, wie er sagte, in und für die Arbeiterbewegung, seine Orte waren neben der Universität die Foren, die Gremien, die Zirkel und Zeitschriften der sozialistischen Linken und der Gewerkschaften.

Er konnte trotzdem die Bedeutung der akademischen Arbeit Adornos im Zusammenhang des Instituts für Sozialforschung ausdrücklich würdigen. In ihrem Nachruf schreiben er und Lisa Abendroth, dass Adorno in Forschung und Lehre kritisches dialektisches Denken über die Periode des Dritten Reichs hinweg gerettet habe. Damit habe er die Arbeit des Instituts fortgesetzt, das in drei schwierigen Phasen der deutschen Geschichte der kritischen Forschung einen materiellen Rückhalt gewährt hat. In der Weimarer Zeit war es Zentrum der wissenschaftlichen Linken, im Exil Zentrum der wissenschaftlichen Arbeit der deutschen linken Emigration. Ab den fünfziger Jahren wurde es Sammelpunkt der jungen kritischen Intelligenz, sodass eine »junge Generation kritischer Wissenschaftler entstehen konnte, die die dialektische Methode selbständig zu handhaben begann«.

An dieser Stelle kommt nun aber auch eine kritische Distanz zum Ausdruck. Denn die dialektische Kulturkritik Adornos, so heißt es, sei der historischen Situation adäquat gewesen, während Fragen der politischen Soziologie und des Klassenkampfes angesichts der sozialpsychologischen Situation der Studierenden zur Zeit des Kalten Krieges und des beginnenden Wirtschaftswunders nicht hätten behandelt werden können.

Das ist eine etwas paradoxe Bemerkung, weil ja Abendroth gerade diese Themen doch behandelt hat. So misst er die Arbeit Adornos und des Instituts nach der Rückkehr aus dem Exil kritisch an dem für seine eigene politische und theoretische Arbeit entscheidenden Gesichtspunkt, ob sie zu einer Weiterentwicklung der Theorie des Marxismus beigetragen habe. Er kommt zu einer historisch relativierenden Bewertung: Unter den zeitgeschichtlichen Umständen der fünfziger Jahre hat Adorno dies auf dem Niveau der Überlieferung des methodischen Instrumentariums und der kritischen Haltung getan; jedoch hat er nicht den Marxismus selbst weiterentwickelt.

Er macht zudem deutlich, dass er überhaupt eine gewisse Distanz gegenüber dem Institut und seinen Vertretern hat. In den zwanziger Jahren hätte er am Institut viel von dem Austromarxisten Carl Grünberg gelernt, es habe sich dort die Gelegenheit geboten, Otto Bauer oder Karl Korsch zu hören oder mit Walter Benjamin zu diskutieren. Aber die Diskussionen, in deren Kontext sich die Kritische Theorie entwickeln sollte, die Problemstellung einiger prominenter Vertreter des so genannten westlichen Marxismus interessierten ihn nicht so sehr. Er sei weniger von abstrakter Theorie bestimmt gewesen, Lukács' »Geschichte und Klassenbewusstsein« habe er eifrig gelesen, doch überspitzt und als Philosophie empfunden. »Der Hauptakzent meiner Tätigkeit lag im Bereich der praktischen politischen Arbeit.«

Es scheinen also die ausdrückliche Bezugnahme auf den Marxismus, die Arbeiterbewegung, die Probleme ihrer politischen Praxis sowie vor allem die hier geführten Diskussionen – Abendroth

betont immer wieder, welche Bedeutung August Thalheimer für seine theoretische Sozialisation hatte – ein Hindernis gewesen zu sein, das einer Vertiefung der Kooperation zwischen Abendroth und Kritischer Theorie entgegenstand.

Er deutet dies rückblickend für die fünfziger Jahre an: »Eine gewisse Kommunikation zwischen Marburg und Frankfurt bestand fortwährend, zwischen den Professoren allerdings fast nur hinter den Kulissen. Adorno und Horkheimer wünschten nicht, mit einem Outcast – so jedenfalls wurde ich von der Majorität der Kollegen an den Universitäten und von der bürgerlichen Presse beurteilt – in Eins gesetzt zu werden. Nur ein einziges Mal wurde ich vom Institut für Sozialforschung zum Vortrag aufgefordert, nämlich unmittelbar nach dem Agartz-Prozess von 1957.«

Abendroth hatte wohl guten Grund, dies im Rückblick zu sagen, denn Horkheimer und Adorno agierten oftmals derart vorsichtig, dass es von Opportunismus kaum mehr zu unterscheiden war: Insbesondere Horkheimer glaubte, ältere Texte von ihm selbst und der Aufklärungstradition im restaurativen Deutschland nicht veröffentlichen zu dürfen, er verweigerte Habermas zu habilitieren, die hellsichtige Studie über »Student und Politik« durfte nicht in der Buchreihe des Instituts erscheinen, die sozialen Bewegungen der frühen Bundesrepublik wurden ebenso wie die studentische Protestbewegung als antiamerikanisch abgelehnt, er trat für das militärische Engagement der USA in Vietnam ein und sprach auch schon mal von der gelben Gefahr.

Doch Abendroths Einschätzung fällt zu einseitig, wenn nicht sogar falsch aus. Denn so wie er selbst hat auch Adorno Gesichtspunkte, an denen er misst, ob Abendroths Arbeit dem Maßstab anspruchsvoller und entwickelter kritischer Theorie entspricht. Dies lässt ein kleiner Briefwechsel zwischen Adorno und Horkheimer erkennen, der gerade um die Einladung an Abendroth herum entstanden ist.

Im Oktober 1957 hatte Adorno den Plan, am Institut drei Vorträge zum Verhältnis von Soziologie und Politik halten zu lassen, und lud dazu drei Vortragende ein: Arnold Bergstraesser aus Freiburg und Carlo Schmid, der in Frankfurt Politikwissenschaft lehrte. Weil der französische Marxist Lucien Goldmann seinen Vortrag abgesagt hatte, bat Adorno den in Chicago weilenden Horkheimer, zu diesem Thema vorzutragen, da dies mit Blick auf Theoriebildung und Kontinuitätsherstellung von Bedeutung sei.

»Ich bin nun auf den Einfall gekommen, dass den dritten Vortrag über dies Thema Sie übernehmen. Gerade zu diesem Komplex hätten wir ja allerhand zu sagen, und Sie wären der Gegebene dafür. Im letzten Semester hat sich gezeigt, dass man eine besonders starke Zuhörerschaft hat, wenn einer von uns redet und das Institut sozusagen eine offizielle Deklaration zu einem solchen Thema abgibt. Man könnte in einem solchen Vortrag einfach das dialektische Verhältnis entwickeln, dass einerseits die Politik Fassade, Ideologie ist, und die Gesellschaft die tragende Realität, dass aber andererseits die verändernde gesellschaftliche Praxis die Form der Politik hat: Politik zur Abschaffung der Politik (Sie werden sagen: in was Schönes will er uns da hineinrennen, und man braucht's ja auch nicht so zu sagen wie der Herr Pfarrer, aber halt irgendwie doch). Wenn Sie den abschließenden Vortrag übernehmen, wäre der Zyklus wirklich sehr repräsentativ. Ich würde dann auch rechtzeitig versuchen, dafür zu sorgen, dass die drei Vorträge als ein Band der kleinen Reihe erscheinen.«

Er hatte richtig vermutet. Horkheimer wies auf die Gefahr hin, es derart zu sagen. Er hätte viel Lust, einen solchen Vortrag zu halten. »Der Gegenstand rührt sehr an unsere gegenwärtigen

Interessen. Ihre These, dass die entscheidende Praxis die Form der Politik hat und das Ziel, eben diese abzuschaffen, lässt sich angesichts der Verhältnisse freilich nur in schrillum Ton verkünden. Zunächst scheint es eher so, als ob die Politik die unvermittelte Funktion der Wirtschaft wäre. Man müsste, glaube ich, bei dem erstaunlichen Umstand verweilen, dass die Demokratie diese fragwürdige Identität nicht durch die geringste Reibung unterbricht. Selbst die Angst vor Atombomben ist nichts vor der Sorge um den guten Geschäftsgang ... In einem Vortrag käme es unter anderem darauf an, mit der fortschrittlichen zugleich die rückläufige Bedeutung der unvermittelten Einheit von Politik und Gesellschaft herauszustellen. Damit wird dann Ihre These: Politik zur Abschaffung der Politik, evident. (In dieser Gesellschaft gibt es eigentlich schon keine Politik im bürgerlichen Sinne mehr, sie ist eingeebnet. Wir müssen den Unterschied von Abschaffen und Einebnen klarmachen.)« Da Horkheimer dann den Vortrag doch nicht halten konnte oder wollte, lud Adorno schließlich Abendroth ein.

Die Konstellation, die sich in den Briefen um die Vortragseinladung bildet, ist interessant und spannungsreich. Denn Adornos Position unterscheidet sich von der der beiden anderen insofern, als er Politik für Fassade und Ideologie hält und eigentlich ablehnt. Horkheimer und Abendroth stimmen darin überein, dass Politik und Gesellschaft eine Einheit bilden, ziehen daraus aber gegenteilige Schlussfolgerungen.

Horkheimer will durch Demokratie eher Vermittlungen einführen, die diese Einheit stören. Dazu müsste der entpolitisierte Zustand politisiert werden. Auch Abendroth legt eine allerdings positiv verstandene, demokratische Politisierung nahe, denn er sieht in der Einheit die Bedingung für die Möglichkeit der demokratischen Selbsteinwirkung der Gesellschaft durch den Staat. Wahrscheinlich erwartete Adorno von dem Politikwissenschaftler, Verfassungsrechtler und politisch aktiven Marxisten Abendroth aber nicht nur einen affirmativ-positiven Begriff von Politik, sondern konnte auch befürchten, dass dieser Praxis den Vorrang vor Theorie geben würde.

So, wie Abendroth die Aufgabe der politischen Soziologie verstand, ist diese praxisbezogen, weil sie »selbst, indem sie politische Praxis analysiert oder eine politische Theorie ausarbeitet, der politischen Praxis dient und sie verändert«. Gegen eine solche Orientierung musste Adorno grundsätzliche Vorbehalte haben, da sie mit der Gefahr verbunden wäre, die Theorie unter die Zensur der Praxis und die Maßgabe der jeweiligen praktischen Erfordernisse zu stellen.

Tatsächlich gerät Theorie bei Abendroth ständig in den Sog eines tagespolitischen Aktualitätsdrucks, der ihn immer wieder zwingt, grundsätzliche theoretische Fragen unter dem Gesichtspunkt von aktuellen politischen und mithin häufig kurzlebigen Konstellationen zu betrachten. Demgegenüber führt bei Adorno die theoretische Reflexion auf Distanz durchaus zu verspäteten Reaktionen – so wenn er im Dezember 1966 (!) Horkheimer mitteilt, von einer Kritik des Godesberger Programms nun doch Abstand zu nehmen, weil dies denjenigen zuarbeiten würde, die »an der schwer erschütterten Demokratie rütteln«.

Adorno ebenso wenig wie Abendroth haben die Dialektik der Politik in der Demokratie näher durchdacht, wie sie sich bei Horkheimer immerhin angedeutet findet. Denn wenn es sich so verhält, wie Horkheimer feststellt, dass die Demokratie den Wirtschaftskreislauf nicht mehr unterbricht, wenn die Individuen nur noch konsumistisch den Lebensstandard im Sinn haben, Aufklärung ablehnen, jeden Mystizismus akzeptieren und ihre realitätstüchtige Ausrichtung am Börsenindex menschliche Solidarität beseitigt, dann ist die nahe liegende Konsequenz,

demokratisches Engagement, Politisierung und Willensbildung anzuregen.

Demokratie, das weiß auch Adorno, lebt vom autonomen Handeln der Individuen, also davon, dass sie sich dem Gegebenen nicht anpassen, sondern Interessen formulieren und politisch verfolgen. So wird eine Totalität, die sich als unvermittelte abschließen will, unterbrochen, verzögert, ungleichzeitig durch die Vermittlungen der Willensbildung. Wie aber kommt man dann von mehr und wirklicher, eben demokratischer Politik zu einer Überwindung von Politik durch ihre Rücknahme in die Gesellschaft? Adorno wäre an diesem Punkt so weit von Abendroth aber gar nicht entfernt gewesen. Denn dieser lässt gleichfalls ein durchaus kritisches Verhältnis zur Politik erkennen, wenn er schreibt: »Politik ist ihrem Wesen nach kontrovers, weil sie auf Herrschaftserhaltung oder Herrschaftsaufhebung gerichtet ist. Die volle Aufhebung des Problems der Herrschaft würde das Problem des Politischen aufheben.«

Nachträglich ist zu bedauern, dass die hier kurzzeitig entstandene Konstellation nicht zum Ausgangspunkt dafür wurde, dass diese drei für die damalige Linke wohl wichtigsten kritischen Theoretiker über diese Frage der Politik weiter miteinander nachgedacht hätten. Es hätten Begriffe entstehen können für das, was sich in den nächsten Jahrzehnten in langen Wellen in der neuen Linken abspielen sollte: Mit der Kritik an konsumistischer Privatisierung ging die Forderung nach Politisierung und öffentlicher Diskussion einher. Dies wurden stehende Redensarten des Protests: politisieren, Öffentlichkeit herstellen.

Nach einer Welle radikaler Politisierung aller Lebensbereiche setzte der Zweifel an Überpolitisierung und Veröffentlichung auch noch privatester Gefühle und Lebenseinstellungen ein. Gleichsam aus der Mitte des linken kulturevolutionären Milieus entstand das Bedürfnis nach der liberalen Trennung von privat und öffentlich erneut, nach der Entlastung von Politik, und begünstigte schließlich auch die Drift zu einer neoliberalen Haltung. Ein kritischer Begriff dieser Dialektik der Politik hätte eingreifen und die Dynamik regulieren können.

Soziale Demokratie und Gewerkschaften

Wenn es also letztlich nicht das kritische Verhältnis zur Politik war, so bestand ein wesentlicher Unterschied zwischen ihnen aber bestimmt darin, dass Adorno politisches Handeln als Verbreitung der Aufklärung, als autonomes, reflektiertes Handeln der einzelnen versteht, während Abendroth sich diese Praxis als politische Praxis der Arbeiterbewegung vorstellt, die in alltäglichen Kämpfen gegen das bürgerliche Partikularinteresse das Allgemeine zur Geltung bringt. Adorno war wohl der Ansicht, dass sich in der Arbeiterbewegung nicht mehr das Allgemeininteresse der Gesellschaft oder gar der Menschheit verdichtete. Zu sehr war sie in die Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse eingebunden und selbst nur an der Erfüllung partikularistischer Gesichtspunkte interessiert.

Eine allgemeine Emanzipation schien ihm eher gegen die Bedürfnisse und die Interessenlage der Lohnabhängigen durchgesetzt werden zu müssen als mit ihnen. Woran sich Adorno störte, war, dass sie an ihrer besonderen, aufgeherrschten Identität festhielten und sich für Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und Lohnsteigerung interessierten, nicht für das Ziel, den Zwang zu selbst erhaltender Arbeit entsprechend den historischen Möglichkeiten der Produktivkräfte zu überwinden. Die Allgemeinheit der Emanzipation wäre keine Bekräftigung einer besonderen Klassenidentität, wäre aber auch keine Herstellung einer Art von Gesellschaft, in der nun nur noch das Allgemeine schlechthin herrschte und kein Partikularinteresse, sondern würde Individuen in ihrer maßlosen Vielfalt und Verschiedenheit ermöglichen. Mit einer letzten

und weiteren Wendung seiner Argumentation würde Adorno schließlich auch noch den Begriff des Allgemeinen und seinen Gegensatz zum Besonderen kritisieren, wie sie die Grundlage für Demokratie abgeben.

Auch wenn Abendroth für die Aufhebung der Klassen ist, hat er doch eine andere Sicht auf Arbeiterbewegung und Gewerkschaften. Im Zentrum der Demokratie steht das zwischen verschiedenen Interessenlagen ausgehandelte Allgemeininteresse. Aus Abendroths Sicht kann sich in der liberal-kapitalistischen Gesellschaft ein Gesamtinteresse nicht bilden, denn die an der kapitalistischen Struktur interessierten Gruppen hätten als gemeinsames Interesse nur die Verteidigung der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur selbst, aber nicht das Gesamtinteresse, das auch die ausgebeuteten sozialen Gruppen einbeziehen würde. Sie wollen und müssen verhindern, dass das Gleichheitsgebot, das zur gleichberechtigten Teilnahme aller an der gemeinsamen Regelung der gemeinsamen Aufgaben tendiert, aus dem staatlichen Raum in die Gesellschaft übergreift.

Diese Tendenz drängt die Demokratie zu einer ihr spezifischen Alternative: Entweder kann sich die politische zur sozialen Demokratie erweitern, oder aber sie wird von den wirtschaftlichen Machträgern beseitigt. Dies würde es ihnen dann ermöglichen, ihre Sonderinteressen durchzusetzen und sie mittels staatlicher Definitionsmacht gleichzeitig als allgemein zu definieren. Als bloß formale sei Demokratie auf lange Sicht jedenfalls nicht möglich. Die Ausdehnung der politischen zur sozialen Demokratie ist angelegt in der Entwicklung zum Monopolkapitalismus, der die liberale Trennung von Staat und Gesellschaft aufhebt und zunächst einmal den Trägern konzentrierter wirtschaftlicher Macht besonderen Einfluss auf den Staat ermöglicht.

Dem trägt, nach Abendroths Verständnis, das Grundgesetz als verfassungsförmig festgehaltener Klassenkompromiss kritisch Rechnung, indem es zu verstehen gibt, dass Gerechtigkeit nicht aus dem freien Spiel des Marktes entsteht, sondern es notwendig ist, zu ihrer Herstellung die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung selbst zur Disposition der demokratischen Willensbildung des Volkes und der Einwirkung durch den Staat zu stellen. Abendroth zufolge ist es historisch durch die Bildung des Monopolkapitalismus zur Aufhebung der Trennung von Staat und Gesellschaft gekommen.

Da in der klassengespaltenen Gesellschaft Kapitaleigner und Lohnabhängige verschiedene Maßstäbe von Gerechtigkeit und Gleichheit haben, bedeutet die Formel vom demokratischen und sozialen Rechtsstaat, dass über diese Maßstäbe selbst demokratisch gestritten werden kann. Das Grundgesetz ist insofern ein Kompromiss, ein »Klassenwaffenstillstand, aber im Fortgang des Klassenkampfes, nicht als Klassenfrieden. Ein Klassenwaffenstillstand mit dem Zweck, im Klassenkampf, der in einer Klassengesellschaft ja niemals aufgehoben sein kann, die physische Gewaltsamkeit auszuklammern.«

Als Kompromiss hält das Grundgesetz verfassungsrechtlich die Definition der Gesellschaft offen und ermöglicht die Aushandlungen um inhaltliche Gerechtigkeitsgesichtspunkte. Von dort aus, so hofft Abendroth, ergibt sich die »Möglichkeit der Umwandlung der Klassengesellschaft in eine andere unter Ausklammerung des physischen Gewaltproblems«.

Das Originelle an Abendroths Konzeption ist nicht nur die Begründung dafür, dass der Staat in die Wirtschafts- und Sozialordnung jeweils eingreifen und sie umgestalten kann, wenn das menschenwürdige Dasein einer Gruppe bedroht ist. Mehr noch handelt es sich bei der sozialen

Demokratie darum, dass die in gesellschaftlicher Produktion und gesellschaftlichem Leben »notwendige und unvermeidbare Planung der Disposition kleiner Gruppen entzogen und der gemeinsamen Kontrolle aller am gemeinschaftlichen Produktionsprozess beteiligten Glieder der Gesellschaft unterstellt wird, deren oberste Entscheidungseinheit der Staat ist«.

Demokratie erstreckt sich über die formale politische Rechtsstellung hinaus auf die gesamten Lebensverhältnisse, die soziale Ordnung und die Regelung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse. Demokratie hört auf, »nur politische Verfassung zu sein, und wird zur Verfassung der gesamten Gesellschaft, die im Staate als ihrer umfassenden Wirkungseinheit sich selbst bestimmt«. Die im demokratischen Staat repräsentierte und sich selbst bestimmende Gesellschaft habe die grundgesetzlich verbürgte Möglichkeit, »ihre eigenen Grundlagen umzuplanen«.

In der interessengespaltenen Gesellschaft, die mittels des Staates sich selbst bestimmt und keine Trennung von Staat und Gesellschaft mehr kennt, nehmen vielfältige Interessengruppen auf den Staat Einfluss. Damit nicht informelle Kapitalmacht überwiegt, muss dieser Prozess der Willensbildung und Selbsteinwirkung demokratisiert werden. Den Gewerkschaften kommt in diesen demokratischen Kämpfen eine besondere Rolle zu. Denn die Gewerkschaften vertreten, Abendroth zufolge, beides, die Sonderinteressen ihrer Mitglieder und das Gesamtinteresse der Gesellschaft, das in ihrer freien Selbstbestimmung besteht.

Redaktionell gekürzter Beitrag mit freundlicher Genehmigung des Verlags aus: Hans-Jürgen Urban/Michael Buckmiller/Frank Deppe (Hrsg.): Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Zur Aktualität von Wolfgang Abendroth. VSA, Hamburg 2006. 200 S., 16,80 Euro. Das Buch erscheint dieser Tage.

Alex Demirovic lehrt Politikwissenschaft und politische Soziologie an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt a. M.